



Problem Staatsschulden

Jonas: „Dass der Staat ein Defizit macht und Schulden aufnimmt, wo er ohnehin schon über beide Ohren verschuldet ist, ist völlig unverantwortlich. Diesen Schuldenberg müssen wir Jungen später abbezahlen. Mit den Staatsschulden muss Schluss gemacht werden. Der Staat hat so zu wirtschaften wie eine ganz normale Firma.“



© Fotolia_44286868_Subscription_XXL.jpg

Erol: „Aber der Staat ist keine Firma. Alles was er ausgibt, kommt der Bevölkerung zugute. Mit den Staatsschulden der letzten Jahre hat sich der Wohlstand der Bevölkerung vermehrt. Der Staat nimmt immer wieder neue Kredite auf, um die alten zu tilgen. Ansonsten müsste er die Steuern erhöhen. Dann hätten aber die Menschen weniger Geld und könnten weniger einkaufen. Das würde die Wirtschaft einbremsen oder sogar abwürgen.“

Wem stimmen Sie zu? Begründen Sie Ihren Standpunkt!

Fakten

- Immer wieder hat es in den letzten Jahrhunderten **„galoppierende Inflationen“** gegeben – besonders nach Kriegen (z. B. 1920 – 1924, sowie 1945 – 1950), die das Geldvermögen der Bevölkerung wertlos gemacht haben. Verursacht wurde das durch unkontrollierte Staatsausgaben (etwa für Rüstungsgüter). Seit 1950 bemühen sich die Regierungen um Geldwertstabilität. Diese wurde auch im Maastricht-Vertrag der EU als eines der wichtigsten Ziele vereinbart.
- In der Zeit vor dem 2. Weltkrieg (1934 – 1938) hat Österreich eine besonders schwere Wirtschaftskrise durchlebt. Sie wurde durch die **„deflationäre Wirtschaftspolitik“** der Regierung verschärft. Die Staatseinnahmen sanken, weil die Wirtschaft schlecht lief. Der Staat sparte umso mehr und erwirtschaftete jährlich einen Budgetüberschuss. Das Geld (der Schilling) wurde von Jahr zu Jahr mehr wert. So wie der Staat, sparten auch seine Bürger und gaben immer weniger Geld aus. Die Unternehmer zahlten immer weniger Lohn und kündigten mehr und mehr Arbeitskräfte. Dadurch verschärfte sich die Not der Bevölkerung mit enormer Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr.
- Zur gleichen Zeit erfand in den USA der Präsident Franklin D. Roosevelt den **„New Deal“** gemäß J. M. Keynes. Keynes lehrte, dass man eine Wirtschaftskrise nur dann gut überwinden kann, wenn der Staat in der Krise anstatt zu sparen mehr Geld ausgibt als er einnimmt. Nach der Lehre Keynes kann der Staat in den Folgejahren durch die sich bildende Hochkonjunktur mit Wachstum die Mehrausgaben aus der Krise wieder einnehmen/zurückzahlen.



- Die Jahre von 1950 bis 1980 waren in den Industrieländern (USA, Europa, Japan) durch **stetiges Wachstum** gekennzeichnet, das auf der Keynesianischen Politik mit höheren Staatsausgaben als Einnahmen beruhte. Keinem Staat gelang es jedoch, in der Boom-Zeit (Wachstumszeit) die Mehrausgaben aus den Krisenjahren wieder hereinzubekommen. Die Staaten verschuldeten sich immer mehr, die Staatsbürger wurden dagegen immer wohlhabender.
- Ab 1980 (Regierungszeit Ronald Reagan) schwand das Vertrauen der Gläubiger, dass die Staaten ihre Schulden je begleichen können. Es erfolgte der Umschwung zu **neuer Sparpolitik** mit dem Bestreben, die Staatsschulden allmählich zu tilgen und keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Doch vielen Ländern (z. B. Italien, Griechenland, Argentinien, Brasilien usw.) gelang das nicht. Diese Staaten erwirtschafteten weiterhin jährlich große Defizite. Alle Versuche, die Staatsausgaben zu senken und die Einnahmen zu erhöhen endeten in großen **Wirtschaftskrisen** sowie Bürgerprotesten wegen drohender Verarmung.
- In der **Weltwirtschaftskrise** 2007/08 sowie in der **Coronakrise** 2020 gingen die meisten Staaten wieder von der Sparpolitik ab und gaben mehr Geld aus als sie eingenommen haben. So gelang es ihnen, einen großen wirtschaftlichen Einbruch zu verhindern.

Fragen zur Diskussion:

1. Warum wirkt sich eine strenge Sparpolitik negativ auf die Konjunktur aus?
Die Unternehmer haben weniger Aufträge, sie beschäftigen daher weniger Personal oder zahlen schlechter. Dadurch, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger verdienen, geht der Markt schlecht und die Unternehmerinnen und Unternehmer investieren auch nicht mehr. Die Konjunktur geht zurück.
2. Warum verliert das Geld seinen Wert, wenn der Staat zu viel Geld ausgibt?
Das Geld sollte immer durch einen Gegenwert in Waren gedeckt sein. Ist zu viel Geld auf dem Markt und sind zu wenige Waren vorhanden (das kann auch durch Naturkatastrophen passieren), kommt es zur Inflation. Alle raufen sich dann um die Waren und das Geld verliert seine Kaufkraft.
3. Was wäre vermutlich passiert, wenn der Staat in der Covid-19-Krise 2020 die Wirtschaftstreibenden nicht mit großen Hilfsprogrammen unterstützt hätte?
Viele Unternehmen blieben wegen der Ausgangsbeschränkungen ohne Umsätze bei gleichbleibenden Kosten. Auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten nicht arbeiten und hätten nichts verdient. Das hätte zu massenhaften Konkursen geführt. Die Folge: Eine Unzahl von Arbeitslosen, die sich kaum noch etwas kaufen konnten, also eine um sich greifende Verarmung der Menschen.
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, wie der Staat seine Schulden in Zukunft wieder verringern könnte?
Das Zurückzahlen der Schulden gestaltet sich äußerst schwierig. Erhöht der Staat die Steuern oder gibt er viel weniger aus als er einnimmt, dann raubt er dem Markt die Kaufkraft. Viele Unternehmen bleiben auf ihren Waren sitzen. Sie verlieren das Vertrauen in die Zukunft und investieren deshalb nicht, was der Konjunktur schadet. Im Grunde kann der Staat nur auf eine sich entwickelnde Hochkonjunktur hoffen, in



der er Kaufkraft abschöpfen darf, weil sich sonst die Wirtschaft überhitzen würde. Ansonsten muss er die Schulden fortschreiben, bis sie irgendwann von einer schleichenden Inflation aufgeessen werden.